

# AMTSBLATT

FÜR DIE STADT COTTBUS / AMTSKE ŁOPJENO ZA MĚSTO CHÓŠEBUZ • JAHRGANG 22 / LĚTNIK 22



## In dieser Ausgabe

### AMTLICHER TEIL

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <p><b>SEITE 1</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bekanntmachung über die Durchführung eines Volksbegehrens „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“</li> </ul> | <p><b>SEITE 2</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wuzjawjenje wó pšewježenju ludowego póžedanja „Za změnjenje § 19 wótstawk 11 krajnego wuwišowego programa k pšesajženju krajnoplnowańskega zakaza nocnego lĕtanja na lĕtanišću Barliń Bramborska International (BER)!“</li> </ul> | <p><b>SEITE 4</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Beschlüsse der 38. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Cottbus vom 25.04.2012</li> <li>Beschlüsse der 37. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Cottbus vom 28.03.2012</li> </ul> |
|--|--|--|

### AMTLICHER TEIL

Abstimmungsbehörde Cottbus  
Stimmkreis 43 und 44

## Bekanntmachung

über die Durchführung eines Volksbegehrens „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“

Die Vertreter der Volksinitiative „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“ haben fristgemäß die Durchführung eines Volksbegehrens verlangt. Die Landesregierung oder ein Drittel der Mitglieder des Landtages Brandenburg haben innerhalb der Frist des § 13 Abs. 3 des Volksabstimmungsgesetzes (VAGBbg) keine Klage gegen die Zulässigkeit des Volksbegehrens anhängig gemacht.

Das Volksbegehren kann durch alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger ab dem

**4. Juni 2012 bis zum 3. Dezember 2012**

durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten oder durch briefliche Eintragung auf den Eintragungsscheinen unterstützt werden. Gemäß § 17 Abs. 2 VAGBbg können die Bürgerinnen und Bürger ihr Eintragsrecht durch Eintragung in die amtliche Eintragsliste nur bei der Abstimmungsbehörde der Gemeinde ausüben, in der sie ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben; diese Bürgerinnen und Bürger können ihr Eintragsrecht jedoch auch bei den zu Buchstabe A) angeführten weiteren Eintragungsstellen ausüben.

Eintragungsberechtigt sind gemäß § 16 VAGBbg in Verbindung mit §§ 5 und 7 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes (BbgLWahlG) alle deutschen Bürgerinnen und Bürger, die zum Zeitpunkt der Eintragung oder spätestens am **3. Dezember 2012**

- das 16. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 4. Dezember 1996 geboren sind,

- seit mindestens einem Monat im Land Brandenburg ihren ständigen Wohnsitz oder, sofern sie keine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland haben, ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben sowie
- nicht nach § 7 BbgLWahlG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

#### A) Unterstützung des Volksbegehrens durch Eintragung in Eintragungslisten

Das Volksbegehren kann durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten bis Montag, den 3. Dezember 2012, 16 Uhr unterstützt werden:

Der Eintragungsraum befindet sich in der Stadtverwaltung Cottbus, Fachbereich Bürgerservice, Karl-Marx-Straße 67, 03044 Cottbus Raum 3.040.

Die Eintragung kann zu folgenden Zeiten erfolgen:  
dienstags: 09:00 - 12:00 und 13:00 - 18:00 Uhr,  
donnerstags: 09:00 - 12:00 und 13:00 - 17:00 Uhr.

Personen, die sich in die Eintragungslisten eintragen wollen, haben sich über ihre Person auszuweisen (§ 7 Abs. 1 Volksbegehrensverfahrensverordnung - VVVBbg).

Wer sich in die Eintragsliste einträgt, muss persönlich und handschriftlich unterzeichnen. Neben der Unterschrift sind Familienname, Vorname, Tag der Geburt, Wohnort und Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung oder gewöhnlicher Aufenthalt, sowie der Tag der Eintragung lesbar einzutragen (§ 18 Abs. 1 VAGBbg i. V. m. § 8 Abs. 1 VVVBbg). Eine Eintragung kann nach § 18 Abs. 2 VAGBbg nicht mehr zurückgenommen werden.

Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage sind, die Eintragung selbst vorzunehmen und dies mit Hinweis auf ihre Behinderung zur Niederschrift erklären, werden von Amts wegen in die Eintragsliste eingetragen (§ 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg i. V. m. § 8 Abs. 2 VVVBbg).

Eintragungsberechtigte Personen, die wegen einer körperlichen Behinderung den Eintragungsraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen können, können eine Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) mit der Ausübung ihres Eintragsrechts beauftragen. Hierfür ist der Hilfsperson eine entsprechende Vollmacht durch die eintragungsberechtigte Person auszustellen (§ 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg i. V. m. § 7 Abs. 4 VVVBbg).

#### B) Unterstützung des Volksbegehrens durch briefliche Eintragung

Jeder Eintragungsberechtigte hat das Recht, auf Antrag das Volksbegehren durch briefliche Eintragung zu unterstützen. Der Antrag kann von der eintragungsberechtigten Person selbst oder einer von ihr bevollmächtigten Person schriftlich, elektronisch (per E-Mail an wahlen@cottbus.de) oder mündlich (zur Niederschrift) bei der **Abstimmungsbehörde** gestellt werden, in der die eintragungsberechtigte Person ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung, oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bei der elektronischen Antragstellung ist der Tag der Geburt der antragstellenden Person anzugeben (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg). Eine fernmündliche Antragstellung ist unzulässig.

Die antragstellende Person kann sich bei der Antragstellung auch der Hilfe einer Person ihres Vertrauens (Hilfsperson) bedienen (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg).

Eintragungsscheine können bis zwei Tage vor Ablauf der Eintragsfrist beantragt werden (§ 8a Abs. 5 VVVBbg).

Die für die briefliche Eintragung erforderlichen Unterlagen (Eintragungsschein und Briefumschlag) werden der antragstellenden Person entgeltfrei übersandt.

Die Eintragung muss persönlich vollzogen werden. Wer wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, die briefliche Eintragung persönlich zu vollziehen, kann sich der Hilfe einer Person (Hilfsperson) bedienen (§ 15 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 15 Abs. 2 Satz 2 VAGBbg). Auf dem Eintragungsschein hat die eintragungsberechtigte Person oder die Hilfsperson gegenüber der Abstimmungsbehörde an Eides statt zu versichern, dass sie die Erklärung der Unterstützung des Volksbegehrens persönlich oder nach dem erklärten Willen der eintragungsberechtigten Person abgegeben hat (§ 15 Abs. 7 VAGBbg).

Bei der brieflichen Eintragung muss der Eintragungsberechtigte den Eintragungsschein so rechtzeitig an die auf dem amtlichen Briefumschlag angegebene Stelle absenden, dass der Eintragungsbrief dort spätestens am 3. Dezember 2012, 16 Uhr eingeht.

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Impressum:** Herausgeber: Stadt Cottbus, Der Oberbürgermeister; verantwortlich: Pressebüro, Dr. Peter Lewandrowski; Redaktion: Elvira Fischer, Rathaus, Neumarkt 5, 03046 Cottbus, Tel.: 0355 612-2016, Fax: 0355 612-2504; Verlag: Cottbuser Generalanzeiger Verlags GmbH, Wernerstr. 21, 03046 Cottbus; Vertrieb: Das „Amtsblatt für die Stadt Cottbus/Amtske łopjeno za město Chóšebuz“ erscheint mit Ausnahme der Sommerpause der Stadtverordnetenversammlung mindestens einmal im Monat. Es wird mit der Zeitung „Der Märkische Bote“ kostenlos an die Cottbuser Haushalte verteilt. Für Personen, die von dieser Verteilung nicht erreicht werden, liegt das „Amtsblatt für die Stadt Cottbus/Amtske łopjeno za město Chóšebuz“ im Rathaus (Neumarkt 5, Foyer) und im Technischen Rathaus (Karl-Marx-Straße 67, Foyer) kostenlos aus. Im Pressebüro, Rathaus, Neumarkt 5, ist ein Abonnement zum Preis von 37,00 Euro jährlich möglich. Auflagenhöhe: 60.000 Exemplare

## AMTLICHER TEIL

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Eintragungsbrief wird innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich von der Deutschen Post AG unentgeltlich befördert. Der Eintragungsbrief kann auch bei der auf dem Briefumschlag angegebenen Stelle abgegeben werden.

Das verlangte Volksbegehren hat folgenden Wortlaut:

**„Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“**

Der Landtag möge beschließen, die Landesregierung aufzufordern, in Verhandlungen mit dem Land Berlin einzutreten, um den Staatsvertrag vom 7. August 1997 über das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg und über die Änderung des Landesplanungsvertrages, geändert durch Staatsvertrag vom 5. Mai 2003, wie folgt zu ändern:

„Der im Gesamtraum Berlin-Brandenburg bestehende Bedarf an Luftverkehrskapazitäten soll derart gedeckt werden, dass am Flughafen Berlin-Brandenburg International (BER) Tagflug, aber kein planmäßiger Nachtflug stattfindet, um Lärmbetroffenheiten zu reduzieren.“

„Dabei soll der nationale und internationale Luftverkehrsanschluss für Berlin und Brandenburg nicht allein auf den Ballungsraum Berlin konzentriert werden.“

„Dieser Gesetzestext ersetzt Satz 1 und 2 des in den Ländern Berlin/Brandenburg gültigen § 19 Abs. 11 LePro (Landesentwicklungsprogramm). Satz 3 und Satz 4 des § 19 Abs. 11 LePro entfallen.“

**Begründung:**

Die bisher geltende Fassung des § 19 Abs. 11 LePro ist eine der Rechtsgrundlagen sowohl für den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg LEP BB als auch für die luftrechtliche Fachplanung. Der bisherigen Fassung von § 19 Abs. 11 LePro entnehmen Landesentwicklungsplan und Fachplanung die Legitimation, durch Schaffung eines nächtlichen Kapazitätsangebots an die Luftverkehrswirtschaft das Ruhebedürfnis der betroffenen Bevölkerung dem wirtschaftlichen Profit der - im Eigentum der öffentlichen Hand befindlichen - Flughafengesellschaft und der Luftverkehrsgesellschaften zu opfern. Dem schiebt die Volksinitiative durch die Neufassung des Gesetzestextes einen Riegel vor.

Gemäß dem Landesentwicklungsplan LEP BB hat dieses Gesetz weiterhin Gültigkeit und gibt Vorgaben sowohl für zukünftige Landesentwicklungspläne wie auch für die luftverkehrsrechtliche Fachplanung.

Der Volksinitiative liegen neuere Erkenntnisse der Lärmmwirkungsforschung und über Art und Umfang der durch Flugroutenfestsetzungen betroffenen Siedlungsgebiete zu Grunde. Durch die Formulierung, dass kein planmäßiger Nachtflugbetrieb am Flughafen Schönefeld stattfinden soll, wird sichergestellt, dass sich das Nachtflugverbot auf den gewerblichen Flugverkehr bezieht und andere Flüge (Not- und Rettungsflüge etc.) nicht ausgeschlossen werden sollen.

Die beabsichtigte Neuregelung macht es ferner möglich, nächtliche Flugbewegungen insbesondere im Charter- und Pauschalreiseverkehr auch an anderen Startorten durchzuführen.

Zu Verspätungsregelungen und detaillierten luftverkehrstechnischen Regelungen fehlt es an einer Zuständigkeit des Landesgesetzgebers. Zumindest würde dieser Regelungsinhalt nicht in die Kompetenz der Landesplanung fallen. Mit dem Volksbegehren wird die Wiederinbetriebnahme bzw. die Aufrechterhaltung der Flughäfen Tempelhof und Tegel nicht beabsichtigt.

**NACHTFLUG STÖRT DEN SCHLAF UND GEFÄHRDET DIE GESUNDHEIT:**

Das Umweltbundesamt bewertet den wissenschaftlichen Erkenntnisstand aufgrund einer aktuellen Studie aus dem Jahr 2010:

„Für Herz- und Kreislauferkrankungen ist nachgewiesen: Im Vergleich zu Personen, die keinem Fluglärm ausgesetzt sind, steigt das Erkrankungsrisiko betroffener Personen mit zunehmender Fluglärmbelastung. Auch bei psychischen Erkrankungen findet sich ein relevanter Befund: Bei Frauen sind die Erkrankungsrisiken für Depressionen signifikant erhöht.“

Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der vorausgegangenen ‚Arzneimittelstudie‘ des UBA, die höhere Medikamentenverschreibungen bei Personen nachwies, die nächtlichem Fluglärm ausgesetzt sind. Eine große Studie im Umfeld verschiedener europäischer Flughäfen (HYENA-Studie) aus dem Jahr 2008 stellte ebenfalls fluglärmbedingte Gesundheitsrisiken fest: Personen, die verstärkt vom Nachtfluglärm betroffen sind, weisen häufig höhere Blutdruckwerte auf, als Menschen in ruhigeren Wohngebieten.“

Auch das Bundesverwaltungsgericht hat sich eindeutig dazu bekannt, dass eine Gesundheitsgefährdung von Lärmbetroffenen unterbleiben muss (Urteil vom 21.3.1996 Az.4 C 9.95):

„Diese Verpflichtung trifft ihn [den Staat, d.V.] erst recht, wenn der Eingriff auf seinem eigenen Verhalten beruht. Dabei kann sich der Staat nicht ohne weiteres mit vorhandenen Erkenntnisdefiziten ‚entschuldigen‘. Dies ist bereits dann nicht zulässig, wenn die Risiken einer Gesundheitsbeeinträchtigung bereits als solche bekannt sind. Die Gesundheitsschädlichkeit muss nicht erst bewiesen werden, um eine Regelungspflicht des Staates auszulösen. Auch Gesundheitsgefährdungen - werden sie erkannt oder als im Risikobereich liegend für hinreichend wahrscheinlich angesehen - verpflichtet zu Handeln. Auch hier mögen vielfache Erkenntnisdefizite bestehen. Der Staat muss ihnen - etwa bei der Festsetzung von Grenzwerten - durch Sicherheitsmargen zu begegnen suchen.“

Dennoch hält die brandenburgische Landesregierung im Planergänzungsverfahren für den Flughafen Schönefeld bis zu 113 Flüge in einer Nacht für zulässig. Hiergegen sind Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Die brandenburgische Landesregierung fühlt sich durch ihre eigene gesetzliche Regelung im § 19 Abs. 11 Landesentwicklungsprogramm (LePro) die für die Länder Berlin und Brandenburg gilt, in ihrem großzügig nachflugfreundlichen Handeln zum Nachteil der vom nächtlichen Fluglärm gepeinigten Bevölkerung bestätigt.

Die Volksinitiative wendet sich gegen diese gesetzliche Regelung und zwingt in der Folge die Landesregierung die Landesentwicklungspläne Flughafenstandortsicherung wie auch den Landesentwicklungsplan Berlin- Brandenburg zu überarbeiten, da in diesen Plänen von einer Zulässigkeit des Nachtflugs ausgegangen wird.

**Namen und Anschriften der Vertreter und Stellvertreter:****Vertreter:**

Prof. Wolf Carius  
Gerhart-Hauptmann-Allee 30  
15732 Eichwalde

Dr. Gerhard Kalinka  
Heinrich-Zille-Straße 39  
15827 Blankenfelde

Robert Nicolai  
Fontaneplatz 5  
15834 Rangsdorf

Matthias Schubert  
Unterberg 31  
14532 Kleinmachnow

Martin Henkel  
Seestraße 68  
15738 Zeuthen

gez. **Thomas Bergner**  
Kreisabstimmungsleiter

**Stellvertreter:**

Markus Peichl  
Kladower Straße 2  
14469 Potsdam

Gudrun Claus  
Selchower Weg 18  
15831 Mahlow

Christian Radtke-Kruft  
Siegfriedstraße 60  
14513 Teltow

Martina Pohske  
Keplerstraße 23  
15831 Mahlow

Christian Selch  
Potsdamer Straße 2  
15738 Zeuthen

Wótgłosowańske zastojnstwo Chósebus  
Głosowańskej wokrejsa 43 a 44

**Wuzjawjenje**

wó pšewježenju ludowego póžedanja „Za změnenje § 19 wótstawk 11 krajnego wuwišowego programa k pšesajženju krajnoplanańskego zakaza nocnego lětanja na lětanišću Barliń Bramborska International (BER)!“

Zastupniki ludoweje iniciatiwy „Za změnenje § 19 wótstawk 11 krajnego wuwišowego programa k pšesajženju krajnoplanańskego zakaza nocnego lětanja na lětanišću Barliń Bramborska International (BER)!“ su w pšawem casu pšewježenje ludowego póžedanja pominali. Krajne kněžarstwo abo tšešina cłonkow krajnego sejma Bramborskeje nještej w póstajonem casu § 13 wótstawk 3 kazni ludowego wótgłosowanja (VAGBbg) pšesiwu dopuščenju ludowego póžedanja skjaržbu zapódafej.

Ludowe póžedanje móžo se wót wšykných do głosowanja wopšawnjonych bergarkow a bergarjow wót

**4. junija až do 3. decembra 2012**

ze zapisanim do wupołožonych zapisańskich lisćinow abo z listowym zapisanim na tych zapisańskich łopjenach pódpěrowaš. Wótpowědujucy § 17 wótstawk 2 VAGBbg mógu bergarki a bergarje swójo pšawo na zapisanje ze zapisanim do amtskeje zapisańskeje lisćiny jano pla togo wótgłosowańskego zastojnstwa teje gmejny wugbaš, žož swójo bydlenje maju, pla wěcej bydlenjow swójo głowne bydlenje abo, jolic njamaju bydlenje w Zwězkowej republice, swójo wšedne pšebywanje maju; te bergarki a bergarje mógu swójo pšawo na zapisanje pak teke pla tych pódpismikom A) napisanych dalšnych zapisańskich městnach wugbaš.

Do zapisanja wopšawnjone su wótpowědujucy § 16 VAGBbg w zwisku z §§ 5 a 7 Bramborskeje krajneje wuzwólowańskeje kazni (BbgWahlG) wšykne nimske bergarki a bergarje, kenž su w casu zapisanja abo nejpózdžej dnja **3. decembra 2012**

- swójo 16. žywjenske lěto doložili, pótakem se pšed 4. decembrom 1966 narožili su,
- nanejmnjej mjasec w Bramborskej swójo stawne bydlenje maju abo, jolic njamaju bydlenje w Zwězkowej republice Nimska, swójo wšedne pšebywanje maju ako teke
- njejsu pó § 7 BbgLWahlG wuzamknjone z wuzwólowańskego pšawa.

**A) Pódpěrowanje ludowego póžedanja ze zapisanim do zapisańskich lisćinow**

Ludowe póžedanje móžo se ze zapisanim do wupołožonych zapisańskich lisćinow až do pónjezele, 3. decembra 2012, zeger 16.00 gózin pódpěrowaš.

Zapisańska rumnosć jo w měsćańskem zastojnstwje Chósebus, fachowy wobcerk serwis za bergarjow, K. Marxowa droga 67, 03044 Chósebus, rum 3.040. zapisanje jo w slědujucych casach móžno: wałtoru: 09:00 - 12:00 a 13:00 - 18:00 góž., stwórtk: 09:00 - 12:00 a 13:00 - 17:00 góž.

Wósoby, kenž kšě se do zapisańskich lisćinow zapisaš, maju se wó swójej wósobje wupokazaš (§ 7 wótstawk 1 jadańskego póředa ludowego póžedanja - VVVBbg).

Čtož se do zapisańskeje lisćiny zapišo, musy wósobinski a rukopisnje pódpisaš. Mimo pódpisa muse se familijowe mě, pšedmě, zeń naroženja, bydlenjske město a bydlenje, pla wěcej bydlenjow głowne bydlenje abo wšedne pšebywanje, ako teke zeń zapisanja zapisaš, tak až se daju derje cytaš (§ 18 wótstawk 1 VAGBbg w zwisku z § 8 wótstawk 1 VVVBbg). Zapisanje njamóžo se pó § 18 wótstawk 2 VAGBbg wěcej slědk wzeš.

Do zapisanja wopšawnjone wósoby, kenž dla šělnego bracha njejsu w položenu, zapisanje sami wugbaš a to z pokazku na swóje brach napisaš daju, zapišu se pó zastojnstwu do zapisańskeje lisćiny (§ 15 wótstawk 2 VAGBbg w zwisku z § 8 wótstawk 2 VVVBbg).

Do zapisanja wopšawnjone wósoby, kenž dla šělnego bracha do zapisańskeje rumnosći písij njamógu abo jano pódpispiwajucymi šěžkosćami, mógu wósobje swójeje

## AMTLICHER TEIL

dowěry (pomocna wósoba) nadawk daš, swójo zapisańske pšawo wugbaš. Za to ma do zapisanja wopšawnjona wósoba pomocnej wósobje wótpowědujucu połnomóc wupisaš (§ 15 wótwstawk 2 VAGBbg w zwisku z § 7 wótwstawk 4 VVVBbg).

**B) Pódpěranje ludowego póžedanja z listowym zapisanim**

Kuždy do zapisanja wopšawnjony ma pšawo, na pšosbu ludowe póžedanje z listowym zapisanim pódpěraš. Pšosba móžo se wót do zapisanja wopšawnjoneje wósoby sameje abo jadnej wót njeje społnomócnjoneje wósoby pisnje, elektroniski (z e-mailku do wahlen@cottbus.de) abo wustnje (za napisanje) we wótgłosowańskem zastojnstwje stajiš, w kótaremž do zapisanja wopšawnjona wósoba swójo bydlenje, pla wěcej bydlenjow swójo głowne bydlenje, abo swójo wšedne pšebywanje ma. Pši elektroniski stajonej pšosbjje musy se žeń naroženja pšosbu stajuceje wósoby pódas (§ 15 wótwstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótwstawk 2 sada VAGBbg). Telefoniske stajanje pšosby njejo dowólone.

Pšosbu stajeca wósoba móžo pši stajanju pšosby teke pomoc wósoby swójeje dowěry (pomocnej wósoby) wużywać (§ 15 wótwstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótwstawk 2 sada 2 VAGBbg).

Zapisańske łopjena mógu se až do dwa dnja pšed zakóńčenim zapisańskego casa póžedaš (§ 8a wótwstawk 5 VVVBbg).

Za listowe zapisanje trěbne póđložki (zapisańske łopjeno a listowa wobalka) se póžedanje stajuceje wósobje dermo pšipóscelu.

Zapisaš musy se wósobinski. Chtož dla šělnego bracha w položenju njejo, listowe zapisanje wósobinski pšewjasć, móžo pomoc jadnej wósoby (pomocna wósoba) wużywać (§ 15 wótwstawk 6 sada 2 w zwisku z § 15 wótwstawk 2 sada 2 VAGBbg). Na zapisańskem łopjenu ma do zapisanja wopšawnjona wósoba abo pomocna wósoba napšesíwo wótgłosowańskemu zastojnstwju město pšisegi wobwěšćiš, až jo wuzjawjenje pódpěranja ludowego póžedanja wósobinski a pó wuzjawjonej wóli do zapisanja wopšawnjoneje wósoby wótedaš (§ 15 wótwstawk 7 VAGBbg).

Pši listowem zapisanju musy do zapisanja wopšawnjony zapisańske łopjeno scasom na to na amtskej listowej wobalce pódane městno wótpólaš, až zapisański list na nej pózdžej 3. decembra 2012, do 16.00 gózin dožjo.

Zapisański list se we Zwězkowej republice Nimska jadnučki z Nimskim postom AG dermo póšrednijo. Zapisański list móžo se teke na tom na listowej wobalce pódanem městnje wótedaš.

Pominane ludowe póžedanje ma slědujucy póslowny tekst:

**„Za změnenje § 19 wótwstawk 11 krajnego wuwisowego programa k pšesajženju krajnoplanowańskego zakaza nocnego lětanja na lětanišću Barliń Bramborska International (BER)!”**

Daš krajny sejm wobzamkno, krajne kněžarstwo napominaš, stupiš do jadnanjow z krajom Barliń, aby se statne dogrono wót 7. awgusta 1997 wó zgromadnem krajnem wuwisowem programje krajowu Barliń a Bramborska a wó změnenju krajnoplanowańskego dogrona, změnjone ze statnym dogronom 5. maja 2003, ako slědujo změnił:

„Ta w celem teritoriumje Barliń-Bramborska wobstojeca pótrjeba kapacitow pówěšowego wobchada dej se tak zawěšćiš, až na lětanišću Barliń-Bramborska International (BER) se wednjo lěta, ale se žedno planowane nocne lětanje njewótmějo, aby se zadoralo zogolowym wobšěžnosťam.”

„Pši tom njedej se narodne a mjazynarodne pšizamknjenje pówěšowego wobchada za Barliń a Bramborsku jano na kopjeński rum Barliń koncentrowaš.”

„Toš ten kazniski tekst narownajo saže 1 a 2 togo z krajoma Barliń/Bramborska pšasecego § 19 wótwstawk 11 LePro (krajny wuwisowy program).

Saže 3 a 4 § 19 wótwstawk 11 krajnego wuwisowego programa (LePro) wótpadnjotej.”

**Wobtwarženje:**

Donětejšna pšaseca wersija § 19 wótwstawk 11 krajnego wuwisowego programa (LePro) jo jaden tych kazniskich zakladow za krajny wuwisowy plan Barliń-Bramborska LEP BB ako teke za pówěšowokazniske fachowe planowanje. Z donětajšnjeje wersije § 19 wótwstawk 11 LePro wzeju krajny wuwisowy plan a fachowe planowanje legitimaciju, z wutwórjenim nocnych kapacitow pówěšowobchadnemu góšpodarstwoju woprowaš pótrjebnosť za měrom pótrjefjonego wobydlarstwa góšpodarskemu profitoju lětanišćoweho towaristwa a pówěšowobchadowych towaristwow, kenž su we wobsejženstwje zjawneje ruki. Tomu co ludowa iniciatiwa z noweju wersiju kazniskego teksta zadoras.

Wótpowědujucy krajnemu wuwisowemu planuju LEP BB ma toš ta kazń dalej pšawosć a dajo směrnice za pšiduce krajne wuwisowe plany ako teke za kazniske pówěšowobchadowe fachowe planowanje.

Ludowej iniciatiwje pšedlaže nowe dopóznaša slězenjow wó wugbašach zogola a wó wašni a wobšyrnosći dla póstajonych lětańskich rutow pótrjefjonych sedleńskich rumow. Z formulaciju, až njedej se žedno planowane nocne lětanje na lětanišću Schönefeld pšewjasć, dej se zawěšćiš, až se zakaz nocnych lětow póšegujo na želarstwowe lěty a druge lěty (nuzowe a wumóženke a dalšne) se z tym wuzamknus njedej.

Wótmyslone noworědowanje zmóžnijo dalej, nocne lětanje wósebnje w šarterowem a pawšalnem drogowańskem wobchaze teke na drugih městnach pšewjasć.

Za rědowanja zapózdženjow a detailerowanych pówěšowobchadowych techniskich rědowanjow felujo krajnemu kaznidawarju na pšislušnosći. Nanejmenjej njeby take wopšimješowe rědowanje padnuło do kompetence krajnego planowanja. Z ludowym póžedanim njejo wótmyslone zasejwužywanje respektiwne zachowanje lětanišćowu Tempelhof a Tegel.

**Nocne lětanje mólijo spanje a wogrozujo strowosć:**

Wobswětowy amt zwězka gódnosíjo wědomnostny staw dopóznašow na zaklaže aktuelneje studije z lěta 2010:

**„Za wutšobowe a woběgowe chórosći jo dopokazane: W pširowanju z wósobami, kenž njejsu wustajone lětańskemu zogoloju, stupa riziko schórjenja pótrjefjonych wósobow z pšiběrajucej lětańskeju wobšěžnosťou. Teke pla psychiskich schórjenjach se namakajo relevantny pšepyt: Pla ženkich su rizika schórjenja na depresijach signifikantnje pówušone.**

Toš te wuslědkki stoje w zwisku z pšedchadneju 'studiju gójeńskich srědnosćow' UBA, kótaraž jo dopokazała wěcej zapisanjow medikamentow pla wósobow, kenž su wustajone nocnemu lětańskemu zogoloju. Wjelika studija we wokolnosći wšakich europejskich lětanišćow (HYENA-studija) z lěta 2008 jo tejerownosći zwěšćila: wósoby, kenž su w pówušonej měrje pótrjefjone wót zogola nocnego lětanja, maju cescej wuše gódnoty kšejnego šišća, ako luže w měrných bydleńskich wobcerkach.”

Teke Zwězkowe zastojnstwowe sudnistwo jo se celo jasnje k tomu póznało, až se wogrozenje strowosći wót zogola pótrjefjonych staš njemějo (wusud wót 21.3.1996 Az 4 C 9.95):

„Toš ten zawězk trjefijo jogo (stat, awtor) pšedewšym, gaž ten statk bazěrujo na jogo swójskem zazaržanju. Pši tom njamóžo se stat tak bžeze wšogo 'zagroniš' z pšedlažecymi deficitami póznašow. To juž pón njejo dowólone, gaž su riziki póškódowanja strowosći ako take južo znate. Strowotna škódnosć njemusy se akle dopokazaš, aby se zachopila rědowańska winowatosć stata. Teke strowotne wogrozenja - gaž se póznawaju abo ako we rizikowem wobcerku lažeze w dosegajucej měrje wěrpodobne woglědaju - zawězaju k jadnanju. Teke how mógu wšakorake deficit póznašow wobstojaš. Stat musy jim - něži pla póstajanja granicznych gódnosćow - wopytaš z wěstotnymi maržami zna-pšesíwiš.”

Weto ma Bramborske krajne kněžarstwo w procedere planowego wudopóhjenja za lětanišće Schönefeld až do 113 lětow w jadnej noci ako dopušćujomne. Pšesíwo tomu su se zapóдали skjaržby pšed Zwězkowym

zastojnstwowym sudnistwom. Bramborske krajne kněžarstwo cujo se ze swójim swójskim kazniskim rědowaním w § 19 wótwstawk 11 krajnego wuwisowego programa (LePro), kenž pšawo za kraja Barliń a Bramborska, we swójom wjelikomyslnem nocnym lětam pšichylonem jadnanju na škódu wót nocnego lětanja pinowaneje ludnosći wobkšušona.

Ludowa iniciatiwa se wobrošíjo pšesíwo tomu kazniskemu rědowanju a nuzkujo w dalšnem krajne kněžarstwo krajne wuwisowe plany zawěšćenje lětanišćowych městnow ako teke krajny wuwisowy plan Barliń-Bramborska wobželaš, pšeto se w tych planach wuchada z dopušćenja nocnych lětow.

**Mjenja a adrese zastupnikow a zastupujucych zastupnikow:**

<u>zastupnik</u>	<u>zastupujucy zastupnik</u>
Prof. Wolf Carius Gerhart-Hauptmann-Allee 30 15732 Eichwalde	Markus Peichl Kladower Straße 2 14469 Potsdam
Dr. Gerhard Kalinka Heinrich-Zille-Straße 39 15827 Blankenfelde	Gudrun Claus Selchower Weg 18 15831 Mahlow
Robert Nicolai Fontaneplatz 5 15834 Rangsdorf	Christian Radtke-Kruft Siegfriedstraße 60 14513 Teltow
Matthias Schubert Unterberg 31 14532 Kleinmachnow	Martina Pohske Keplerstraße 23 15831 Mahlow
Martin Henkel Seestraße 68 15738 Zeuthen	Christian Selch Potsdamer Straße 2 15738 Zeuthen

**pódp. Thomas Bergner**  
wjednik głosowańskego wokrejsa

**Amtliche Bekanntmachung**

über die öffentliche Auslegung des Antrages der LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG zur Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für die Regenwasserleitung DN 500 B mit Zubehör verlaufend im Bereich nördlich des Objektes Hufelandstraße 10, die Regenwasserleitung DN 200 Stz mit Zubehör verlaufend im Bereich westlich des Objektes Hufelandstraße 11B, die Regenwasserleitung DN 500 B mit Zubehör verlaufend im Bereich nördlich und östlich des Objektes Hufelandstraße 12, die Schmutzwasserleitung DN 200 Stz mit Zubehör verlaufend im Bereich östlich des Objektes Hufelandstraße 12, die Regenwasserleitung DN 150 Stz mit Zubehör verlaufend im Bereich des Objektes Hufelandstraße 12, die Regenwasserleitung DN 200 Stz mit Zubehör verlaufend im Bereich südlich und östlich des Objektes Hufelandstraße 12, die Regenwasserleitung DN 200 PVC mit Zubehör und die Schmutzwasserleitung DN 200 PVC mit Zubehör verlaufend im Bereich westlich, nördlich und östlich des Objektes Hufelandstraße 13, die Regenwasserleitung DN 500 B mit Zubehör und die Schmutzwasserleitung DN 200 PVC mit Zubehör verlaufend im Bereich südlich und östlich des Objektes Hufelandstraße 13 sowie westlich und nördlich des Objektes Hufelandstraße 14, die Regenwasserleitung DN 200 PVC mit Zubehör verlaufend im Bereich westlich des Objektes Hufelandstraße 14 in der Gemarkung Spremberger Vorstadt.

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02.11.2000 (BGBl. I S. 1481, 1483) i. V. m. § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts - Sachenrechts-Durchführungsverordnung (SachenR-DV) vom

(Fortsetzung auf Seite 4)

## AMTLICHER TEIL

(Fortsetzung von Seite 3)

20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) - hat die LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG, Berliner Straße 19 - 21, 03046 Cottbus mit den Schreiben vom 27.10.2010, 17.11.2010 und 29.03.2011 bei der Unteren Wasserbehörde der Stadt Cottbus für die Regenwasserleitung DN 500 B mit Zubehör verlaufend im Bereich nördlich des Objektes Hufelandstraße 10, die Regenwasserleitung DN 200 Stz mit Zubehör verlaufend im Bereich westlich des Objektes Hufelandstraße 11B, die Regenwasserleitung DN 500 B mit Zubehör verlaufend im Bereich nördlich und östlich des Objektes Hufelandstraße 12, die Schmutzwasserleitung DN 200 Stz mit Zubehör verlaufend im Bereich östlich des Objektes Hufelandstraße 12, die Regenwasserleitung DN 150 Stz mit Zubehör verlaufend im Bereich des Objektes Hufelandstraße 12, die Regenwasserleitung DN 200 Stz mit Zubehör verlaufend im Bereich südlich und östlich des Objektes Hufelandstraße 12, die Regenwasserleitung DN 200 PVC mit Zubehör und die Schmutzwasserleitung DN 200 PVC mit Zubehör verlaufend im Bereich westlich, nördlich und östlich des Objektes Hufelandstraße 13, die Regenwasserleitung DN 500 B mit Zubehör und die Schmutzwasserleitung DN 200 PVC mit Zubehör verlaufend im Bereich westlich, nördlich und östlich des Objektes Hufelandstraße 13 sowie westlich und nördlich des Objektes Hufelandstraße 14, die Regenwasserleitung DN 200 PVC mit Zubehör verlaufend im Bereich westlich des Objektes Hufelandstraße 14 in der Gemarkung Spremberger Vorstadt die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung bescheinigt eine durch Gesetz bestehende beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die genannten Grundstücke zugunsten des Antragstellers. Sie umfasst das Recht, die belasteten Grundstücke für den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung der Anlage zu betreten und zu nutzen, Wasser in einer Leitung über die Grundstücke zu führen und von dem Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten zu verlangen, dass er auf den Schutzstreifen keine Gebäude errichtet bzw. errichten lässt oder sonstige Einwirkungen vornimmt, die den ordnungsgemäßen Bestand oder Betrieb der Leitung beeinträchtigen oder gefährden.

Die Trassenführung erstreckt sich auf nachfolgend genannte Grundstücke:

- Gemarkung Spremberger Vorstadt;  
Flur 139;  
Flurstücke 60, 62, 87, 88, 152

Gemäß § 7 der Sachenrechts-Durchführungsverordnung werden die Antragsunterlagen vier Wochen von dem Tag der Bekanntmachung im „Amtsblatt für die Stadt Cottbus“

**im Zeitraum vom 29.05.2012 bis 22.06.2012**

bei der

**Stadtverwaltung Cottbus,  
Fachbereich Umwelt und Natur,  
Untere Wasserbehörde, Zimmer 420,  
Neumarkt 5, 03046 Cottbus**

unter dem Aktenzeichen LARB-LWG-ARB270-RWSWSpremV139 während der Dienstzeiten zur Einsicht öffentlich ausgelegt.

Widersprüche können von den Grundstückseigentümern bzw. Erbbauberechtigten während des Auslegungszeitraumes **nur** bei der Unteren Wasserbehörde der kreisfreien Stadt Cottbus erhoben werden. Bei fristgerechtem Widerspruch wird die Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk erteilt.

Cottbus, 15.03.2012

**gez. Frank Szymanski  
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus**

## Amtliche Bekanntmachung

Auf der Grundlage des § 39 Abs. 3 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg werden nachfolgend die Beschlüsse der 38. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Cottbus vom 25.04.2012 veröffentlicht.

### Beschlüsse der 38. Tagung der Stadtverordnetenver- sammlung Cottbus vom 25.04.2012

Öffentlicher Teil

Vorlagen-/ Antrags-Nr.	Sachverhalt	Beschluss-Nr.
OB-004/12	Beschluss über den Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus für das Jahr 2012 (Austauschvorlage vom 05.04.2012) 2. Beratung ( <i>einstimmig beschlossen</i> )	<b>OB-004-38/12</b>
OB-005/12	Beschluss über den Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Tierpark Cottbus für das Jahr 2012 (Austauschvorlage vom 05.04.2012) 2. Beratung ( <i>einstimmig beschlossen</i> )	<b>OB-005-38/12</b>
OB-006/12	Beschluss über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Jugendkulturzentrum Glad-House für das Jahr 2012 (Austauschvorlage vom 05.04.2012) 2. Beratung ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>OB-006-38/12</b>
OB-007/12	Beschluss über den Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Kommunales Rechenzentrum für das Jahr 2012 (Austauschvorlage vom 05.04.2012) 2. Beratung ( <i>einstimmig beschlossen</i> )	<b>OB-007-38/12</b>
OB-008/12	Beschluss über den Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Grün- und Parkanlagen der Stadt Cottbus für das Jahr 2012 (Austauschvorlage vom 05.04.2012) 2. Beratung ( <i>einstimmig beschlossen</i> )	<b>OB-008-38/12</b>
OB-009/12	Beschluss zum Austritt aus dem Tourismusverband Niederlausitz e.V. ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>OB-009-38/12</b>
I-005/12	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Cottbus für das Haushaltsjahr 2012 (Austauschvorlage vom 18.04.2012) 2. Beratung ( <i>mehrheitlich in geänderter Fassung beschlossen</i> )	<b>I-005-38/12</b>
I-006/12	Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2015 im Rahmen des Haushaltsplanes 2012 (Austauschvorlage vom 18.04.2012) 2. Beratung ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>I-006-38/12</b>
IV-026/12	Stadt Cottbus Bebauungsplan N/49/93 „Photovoltaikanlage TIP - Cottbus“ Abwägungs- und Satzungsbeschluss ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>IV-026-38/12</b>

Nichtöffentlicher Teil

Vorlagen-/ Antrags-Nr.	Sachverhalt	Beschluss-Nr.
OB-010/12	Stadtwerke Cottbus GmbH - Absichtserklärungen gegenüber dem Bundesvorstand ver.di ( <i>Tischvorlage</i> ) ( <i>einstimmig beschlossen</i> )	<b>OB-010-38/12</b>
IV-029/12	Verkauf von Grundstücken aus dem städtischen Grundbesitz ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>IV-029-38/12</b>

Cottbus, 26.04.2012

**gez. Frank Szymanski  
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus**

## Amtliche Bekanntmachung

Auf der Grundlage des § 39 Abs. 3 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg werden nachfolgend die Beschlüsse der 37. Tagung der Stadtverordnetenversammlung Cottbus vom 28.03.2012 veröffentlicht.

### Beschlüsse der 37. Tagung der Stadtverordnetenver- sammlung Cottbus vom 28.03.2012

Öffentlicher Teil

Vorlagen-/ Antrags-Nr.	Sachverhalt	Beschluss-Nr.
OB-002/12	Änderung der Betriebs-satzung des Eigenbetriebes Grün- und Parkanlagen der Stadt Cottbus ( <i>einstimmig beschlossen</i> )	<b>OB-002-37/12</b>
I-008/12	Beschluss über die Eröffnungsbilanz per 01.01.2010 ( <i>einstimmig beschlossen</i> )	<b>I-008-37/12</b>
III-001/12	Entgeltordnung für den Eigenbetrieb Tierpark der Stadt Cottbus ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>III-001-37/12</b>
IV-006/12	Variantenentscheid zum Zentralen Verkehrsknotenpunkt Hauptbahnhof ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>IV-006-37/12</b>
IV-007/12	1. Änderung des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Einkaufszentrum Stadtpromenade Cottbus, 2. Bauabschnitt Blechen-Carré“ ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>IV-007-37/12</b>
IV-008/12	Entscheidung zur Verlängerung Personentunnel ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>IV-008-37/12</b>

Nichtöffentlicher Teil

Vorlagen-/ Antrags-Nr.	Sachverhalt	Beschluss-Nr.
I-009/12	Übertragung der Prozessführung im Beweissicherungsverfahren der Lagune ( <i>einstimmig beschlossen</i> )	<b>I-009-37/12</b>
IV-010/12	Verkauf von Grundstücken aus dem städtischen Grundbesitz ( <i>mehrheitlich beschlossen</i> )	<b>IV-010-37/12</b>

Cottbus, 04.04.2012

**gez. Frank Szymanski  
Oberbürgermeister der Stadt Cottbus**